

Der Krieg um die Erinnerungen

In Srebrenica töteten Serben vor 25 Jahren mehr als 8000 Menschen – das Gedenken steht erst am Anfang | Von Frank Hofmann

Womöglich hat der Völkermord der Serben an rund 8000 meist muslimischen Jungen und Männern in und um Srebrenica immer noch so viel mit unserer Zeit heute zu tun, jedenfalls will und will er nicht zu Geschichte werden. Nach einem Vierteljahrhundert beginnt für Zeithistoriker die Phase des Historisierens. Hier nicht.

Geschichte braucht das Erinnern, und das ist mit Gedenken verbunden: Erinnerungskultur soll helfen, Wunden zu heilen und das Weiterleben ermöglichen. In der vergangenen Woche rauschte die Erinnerung an den 25. Jahrestag des Völkermordes fast unbemerkt vorbei. Der Ort, wo alles begann, ist heute ein Gräberfeld im kleinen Ort Potočari bei Srebrenica mit den Überresten von mehr als 7000 der Getöteten. Die Gebeine von neun weiteren Opfern wurden vergangenes Wochenende dort beerdigt. An dem Ort waren die niederländischen UN-Blauhelme stationiert, bei denen tausende Bewohner der im Bosnienkrieg von meist muslimischen Bosniaken bevölkerten UN-Schutzzone Hilfe suchten. Dort ergaben sich die internationalen Soldaten den Militärs des bosnisch-serbischen Generals Ratko Mladić, bevor der mit der Selektion begann: Die Männer wurden von den Frauen und ganz kleinen Kindern getrennt. Die Vereinten Nationen hatten sich für einen Moment so ergeben wie ihre Blauhelmsoldaten.

Heute ist der ehemalige UN-Stützpunkt, vor dem Krieg die Produktionshalle einer Batteriefabrik, ein Museum. Dort sollte vergangenes Wochenende – lange geplant – in einer großen Gedenkveranstaltung mit vielen internationalen Gästen an diesen Völkermord erinnert werden. Doch bedingt durch die Corona-Pandemie meldete sich der damalige US-Präsident Bill Clinton und UN-Generalsekretär António Guterres nur per Video. Ein paar wenige internationale Gäste saßen verloren mit zwei bis drei Meter Abstand in dieser traurigen Halle. Die renommierte Filmemacherin Jasmila Žbanić, Gewinnerin des Goldenen Bären der Berlinale, wollte die

sen Juli einen Srebrenica-Film vorstellen. Auch diese Premiere musste aufgrund der Pandemie verschoben werden.

Das Gedenken in diesem Jahr illustriert die Lage vor Ort: Während Srebrenica für die meist muslimischen Bosniaken zum negativen Gründungsmythos des Staates Bosnien und Herzegowina wurde, leugnen die im Land lebenden bosnischen Serben genauso wie viele in der Hauptstadt Belgrad der benachbarten Republik Serbien dieses Verbrechen. In den Schulbüchern im bosnisch-serbischen Landesteil taucht Srebrenica nicht auf.

Dabei ist die Faktenlage des Völkermordes von Srebrenica so klar wie bei kaum einem anderen jüngeren welthistorischen Ereignis: durch die Prozesse vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien und durch die akribische Arbeit von Ermittlern vor Ort. Doch „Wir leben in einer postfaktischen Gesellschaft“, sagt jene Frau, die mit ihrer Kommission für vermisste Personen (ICMP) die mittlerweile mehr als 7000 beerdigten Opfer mithilfe von DNS-Analysen identifiziert hat. Die US-Amerikanerin Kathryn Bomberger kam kurz nach Kriegsende nach Bosnien und Herzegowina und leitete die auf Betreiben von US-Präsident Clinton gegründete Organisation seit 2004. Trotz der Fakten, sagt Bomberger, werden „Tatsachen ausgehöhlt, verdreht für politische Ziele. In einer Zeit zunehmenden Populismus ist das Schaffen solcher Gegenzählungen, solch unwahrer Geschichtsschreibung, solch irreführender Narrative normal geworden“. Dabei gibt



FRANK HOFMANN

ist Journalist und Historiker mit den Schwerpunkten Europa, USA, Menschenrechte und internationale Beziehungen. Er hat als Korrespondent in Brüssel, Paris, Kiew und auf dem Balkan gearbeitet.



Mars Mira 2020 - Gedenken an den 25. Jahrestag des Völkermordes von Srebrenica

es die Tatsachen-Verdreher nicht nur im Südosten Europas. Der Literat Peter Handke gehöre genauso dazu. Der Literaturnobelpreis für den Österreicher sei verstörend, sagt Bomberger. „Was hier im Kontext der Balkankriege und von Srebrenica mit den Fakten gemacht wird, ist deshalb eine Spiegelung dessen, was auch im Rest Europas vorgeht. Und nicht nur in Europa, in vielen Teilen der Welt wird Angst vor dem Anderen als Mittel eingesetzt, um Hass zu schüren.“ Für Bomberger war das Ende, der Völkermord an den mehr als 8000 Jungen und Männern in Srebrenica, ein Anfang.

In diesen Tagen und Wochen nach dem 11. Juli 1995, als der mittlerweile wegen Völkermordes verurteilte Serben-General Mladić die UN-Schutzzone Srebrenica überrannte, waren die Berichte der Überlebenden für die wenigen internationalen Journalisten, darunter auch der Autor dieser Zeilen – verstörend, unfassbar, beklem-

mend. Die Serben hatten die Frauen und Kleinkinder mit Bussen an die Frontlinie hin zu den von der muslimisch dominierten bosnischen Regierungarmee transportiert: in Richtung der nordostbosnischen Industriestadt Tuzla. Die meisten wurden dort auf einem ehemaligen Militärflughafen der jugoslawischen Volksarmee versorgt, wo Blauhelmsoldaten der UN-Schutztruppe UNPROFOR einen Stützpunkt unterhielten. Heute wird der Mini-Airport von einem ungarisch-polnischen Billigflieger angefliegen und bringt Bosnier und Serben, die in Deutschland arbeiten, von Berlin nach Bosnien. Im Juli 1995 gab es in dem dortigen notdürftigen Flüchtlingslager nur Fragen: Was passiert mit den Männern und Söhnen aus Srebrenica? Die Auflösung kam zwei Monate später: Im Spätsommer präsentierte die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright Satellitenaufnahmen vor der UNO – frische Massengräber im Osten Bosniens.

Doch damit war der Horror von Srebrenica nicht vorbei. „Die Täter sind zurückgekehrt zu den ursprünglichen Massengräbern, um ihre Spuren zu verwischen. Sie nutzten schweres Gerät, um die Körper wieder auszugraben und sie über viele verschiedene Orte zu verteilen – an vielen weiteren Standorten, oft 50 Kilometer voneinander entfernt“, sagt Bomberger. Am Ende sollte ihre Organisation, die Ermittler des Internationalen Strafgerichtshofs für das frühere Jugoslawien und bosnische Behörden 94 Gräber mit Srebrenica-Opfern finden. In zwei Jahrzehnten wurden unermüdlich Skelette, viele durch die Bulldozer des Vertuschens auseinandergerissen, ausgegraben und mit Hilfe von DNS-Analysen von Anthropologen zusammengesetzt. Bis sie schließlich an der Gedenkstätte von Potočari beerdigt werden konnten. Dort – wo vergangenes Wochenende eigentlich die Weltgemeinschaft gemeinsam mit den Bosniern an diesen Völkermord erinnern sollte. Auch daran, dass „über 1000 ‚Verschwundene‘ weiter noch nicht gefunden worden“ sind, sagt der deutsch-französische Historiker Nicolas Moll, der seit vielen Jahren in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo lebt.

Doch dieses Erinnern konnte gar keine heilende Kraft entfalten – egal ob mit oder ohne Corona. Denn „der dominante bosnische Diskurs leugnet oder relativiert systematisch, was hier geschehen ist“, so Moll. „Alles, was den Krieg 1992-1995 betrifft“ sei weiter so stark mit Emotionen beladen und Srebrenica ein „umkämpftes Symbol im gesellschaftspolitisch so gespaltenen Bosnien und Herzegowina“. Für viele Menschen in seinem Gastland sei „der Krieg nur militärisch vorbei, nicht aber psychologisch, psychologisch wird er aktiv weitergeführt“. Und in so einer Situation sei es schwer, geschichtliche Ereignisse „mit Distanz“ zu betrachten. Das gelte auch und ganz besonders für Srebrenica, sagt Moll. Für jene, die es ernst meinten mit den Fakten, müsse es jetzt darum gehen „den Krieg um die Erinnerungen zu gewinnen“.

AUF DEN
ZWEITEN BLICK



INGE KLOPFER

ist freie Journalistin. Sie schreibt u.a. für die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung und veröffentlichte zahlreiche Bücher, darunter die Biographie Friede Springers, für die sie als Wirtschaftsjournalistin des Jahres ausgezeichnet wurde.

Mehr Kompetenz

An der Quote könnte sich die Kanzlerfrage entscheiden. Auf dem CDU-Parteitag im November soll zwar zunächst über den Vorsitzenden und damit möglichen Kanzlerkandidaten entschieden und dann erst eine Debatte über die von der Parteispitze beschlossene Frauenquote geführt werden. Doch schon jetzt positionieren sich die Aspiranten auf den Spitzenjob: Röttgen will die Quote, Merz lehnt sie ab, Laschet schweigt. Die Quotenfrage ist damit – leider – zu einer strategischen Option geworden, möglichst viele Parteimitglieder hinter sich zu versammeln. Eine Herzensangelegenheit ist sie nicht.

Bemerkenswert ist, dass vehementer Quotengegner in der Union nicht nur auf Seiten der Männer, sondern auch der Frauen zu finden sind. Warum nur, würde gerade ihnen doch ein Beteiligungsquorum von 50 Prozent an den Gremien von der Kreisliga aufwärts zugutekommen? Dabei beruht die Ablehnung der Quote auf einem gängigen Missverständnis, das sich jüngst in der Überschrift eines Debattenbeitrags manifestierte: „Quote oder Kompetenz?“ stand da in tiefen schwarzen Lettern. Kompetenz aber ist genau nicht die Alternative zur Quote. Denn Quote bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dass bei gleicher Kompetenz Frauen so lange bevorzugt werden, bis sie zahlenmäßig mit den Männern gleichgezogen haben. Sie zwingt damit dazu, nach genau jenen Frauen zu suchen, die ungeachtet ihrer Kompetenz womöglich nicht von allein nach vorne drängen.

Kompetenz ist keine Frage des Geschlechts mehr. Frauen sind vielfach besser ausgebildet als Männer, und sie können – auch das haben Studien bewiesen – besser verhandeln, wenn auch nicht für sich, so doch in der Sache. Vielfalt hebt die Qualität in Entscheidungsgremien allein schon deshalb, weil nicht von vornherein auf Kompetenzen einer gesellschaftlichen Gruppe verzichtet wird, die bislang ausgeschlossen war. Im Gegenteil – sie sorgt logischerweise für deutlich mehr. „Mehr Kompetenz durch Quote“ hätte besagter Beitrag überschrieben sein müssen. Gerne auch mit einem Fragezeichen, wenn man darüber streiten möchte.

Völlig außer Acht bleibt in der Debatte übrigens, dass es derzeit fast überall eine Männerquote gibt, weil Erfolg noch immer an das Geschlecht gekoppelt ist. Männer, darunter entsprechend Gaußscher Normalverteilung auch reichlich Mittelmaß, kommen vor allem deshalb weiter als Frauen, weil sie Männer sind. Gleichberechtigung wäre tatsächlich erst dann erreicht, wenn Frauen die gleichen Chancen auf Schlüsselpositionen haben wie männliches Mittelmaß.

Trotz allem pragmatisch

Die polnisch-deutschen Beziehungen nach den Präsidentschaftswahlen | Von Agnieszka Łada

Der polnische Präsident Andrzej Duda wurde für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. So wird sich in den deutsch-polnischen Beziehungen eher wenig ändern. Der Wahlkampf in Polen sowie die Berichterstattung darüber in Deutschland, aber auch die Coronakrise der vergangenen Wochen haben einige wichtigen Aspekte dieser Beziehungen wieder deutlich gemacht.

Plötzlich war sie im Wahlkampf wieder da, die „antideutsche Karte“, die auch bei früheren Wahlkämpfen eine kleine Gruppe von PiS-Wählern mobilisieren konnte. Der amtierende Präsident Duda meinte, Deutschland wolle sich in die polnische Wahlkampagne einmischen, da deutsche Medien oder polnische Medien im Besitz deutscher Konzerne eindeutig den oppositionellen Kandidaten Rafał Trzaskowski unterstützen würden. Der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Warschau wurde in dieser Angelegenheit sogar ins polnische Außenministerium einbestellt. Ob dies aber nach den Wahlen weiter eine Rolle spielen wird, ist fraglich. Die Rhetorik mag ab und zu unangenehm konfrontativ

klingen, die vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass die deutsch-polnischen Beziehungen trotz allem pragmatisch bleiben.

Bemerkenswert ist aber auch die Tatsache, dass auf deutscher Seite viele Beobachter die Lage in Polen und den Wahlkampf sehr kritisch kommentiert haben, ohne die Situation dort wirklich verstehen zu wollen. Die gute, tiefergehende Berichterstattung der auf Polen spezialisierten Journalisten hat zwar geholfen, aber natürlich nicht alle erreicht.

In den deutsch-polnischen Beziehungen sind diese beiden Tendenzen nicht neu. Viele Deutsche machen sich nicht die Mühe, Polen richtig zu verstehen, und sind irritiert, wenn in Polen etwas nicht zu ihren Denkmustern passt, ohne es sich selbst erklären zu wollen. In Polen ist die Aufregung groß, wenn es auch nur eine Vermutung gibt, dass die Deutschen Polen ignorieren, kritisieren oder sich einmischen wollen – was historisch nachvollziehbar ist. Dazu prallen die unterschiedlichen Kommunikations- und Wahlkampfstile aufeinander – der emotionale polnische und der faktenorientierte deutsche.

Der Grund ist immer der gleiche – wir kennen uns zu wenig. Die gegenseitigen Unkenntnisse blockieren die Chancen auf ein gegenseitiges Verständnis und erschweren die Lösung von Problemen auf sehr vielen Ebenen – ob es nun um die wichtigsten politischen Entscheidungen geht oder um die Vorbereitung von Jugendaustausch.

Dennoch, die Bilanz ist eher positiv, vor allem wenn man daran denkt, wo wir angefangen haben.

Das Deutsch-Polnische Barometer, eine gegenseitige Wahrnehmungsstudie, zeigt, dass sich die Situation verbessert hat. Das ist das Ergebnis von tausenden Begegnungen, die innerhalb der vergangenen 30 Jahre stattgefunden haben. Diejenigen,



DR. AGNIESZKA ŁADA

ist Stellvertretende Direktorin des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt

die schon einmal im Nachbarland waren, haben ein besseres Bild und viel mehr Verständnis für die Situation vor Ort haben als die, die es noch nie besucht haben. Das breite Netzwerk von Kooperationen im Bereich Politik, Wirtschaft, Kultur, Kommunen und Zivilgesellschaft stimmt deshalb zuversichtlich, dass selbst potenzielle Schwierigkeiten auf der höchsten Ebene die Beziehungen in ihrer Tiefe nicht gefährden werden.

Trotzdem sollten sich beide Seiten weiter Mühe geben, vor allem weil aufgrund von Corona die Zahl der Begegnungen gesunken ist und die Emotionalität des polnischen Wahlkampfes von den Deutschen schwer zu verstehen sein mag. Gerade jetzt steht aber Deutschland vor einer besonderen Chance. Es hat nun ein halbes Jahr lang die EU-Ratspräsidentschaft inne und sollte moderieren, verschiedene Meinungen berücksichtigen und Kompromisse schließen.

Für Deutschland bleibt Polen als Partner in der EU sehr wichtig und mit großen Themen auf der EU-Agenda – etwa die Aushandlung des mehrjährigen Fi-

nanzrahmens, des Green New Deal und der Coronahilfen –, auch weil Berlin seine Unterstützung braucht, um Erfolge zu erzielen. Diese Punkte sind natürlich auch für Polen zentral, das einerseits wie kein anderes Land von den Geldern aus Brüssel profitiert, andererseits aber auch nicht in Europa abgehängt werden möchte. Die Idee eines Europas der zwei Geschwindigkeiten ist sowohl für die derzeitige polnische Regierung als auch für die Opposition nicht akzeptabel.

Gleichzeitig fehlt es nicht an Konfliktpotenzial zwischen Warschau und Brüssel, was die deutsche Aufgabe während der EU-Ratspräsidentschaft nicht erleichtern wird. Als Stichworte sollten das Vertragsverletzungsverfahren, das Brüssel infolge der Justizreform gegen Polen eingeleitet hat, und die harte polnische Haltung in der Migrationspolitik genügen. Vorurteilsfreie Gespräche, Expertentreffen und Rücksicht auf die besonderen Befindlichkeiten in Polen könnten hierbei ebenso helfen wie eine kundige Beobachtung der politischen Debatten in Polen: Es hat sich schon immer gelohnt, seinen Nachbarn zuzuhören.